

**ABSTIMMUNG VOM 3. MÄRZ** – Die Baselbieter Nationalrätin Daniela Schneeberger bekämpft den Familienartikel, weil er dem Staat unnötigerweise neue Kompetenzen zuweist.

# Angriff auf Wahlfreiheit der Eltern

Die Verankerung des Familienartikels in der Verfassung ist gut gemeint, aber nicht gut gemacht. Anstatt die Familien zu entlasten, ist der Effekt eine steigende Belastung und Einschränkung. Das Problem, dass vor allem junge Familien Entlastung brauchen, ist ernst zu nehmen!

## Das 200-Prozent-Problem

Die Nöte vieler junger Schweizer Familien sind real. Es ist das 200-Prozent-Problem: Vor der Familiengründung gehen normalerweise beide Partner einer Erwerbsarbeit nach. Wer ein vernünftiges Einkommen erzielen will, damit eine Familie über die Runden kommt, der lebt meist in einem Modell, wo beide Elternteile auch nach der Geburt des Kindes beruflich tätig sind. Üblicherweise arbeitet dann ein Partner mindestens 80 und der andere nochmals mindestens 60 Prozent. Zusammen ergeben sich so 140 Prozent für den Einkommenserwerb. Die Belastung durch das Kind und den Haushalt teilen sich beide. Viele junge Familien merken schnell: Das reicht meist nicht, real braucht ein Haushalt mit Kind mehr Zeit – viele Paare behelfen sich mit einem Reinigungsunternehmen, beanspruchen eine Wäscherei, greifen auf Verwandte zurück usw.

Nun kommt ein zweites Kind hinzu, und die Arbeitsbelastung in der Familie übersteigt die Leistungsfähigkeit. Eine Reduktion der Erwerbstätigkeit liegt finanziell nicht drin, denn das Paar braucht mehr Wohnfläche und kann auch auf Unterstützung nicht verzichten. Da wird es schwierig, als Familie nachhaltig funktionieren zu können. Es gibt zwei mögliche Lösungsansätze: Entweder beide Eltern reduzieren ihre Erwerbsleistung oder es kommt externe Unterstützung hinzu.

Das erste Modell der Reduktion der Erwerbsleistung funktioniert nur, wenn die finanzielle Belastung der Familie sinkt etwa durch tiefere Einkommenssteuern. Gleichzeitig müssen Betriebe flexiblere Modelle bezüglich Arbeitszeitmodellen mit Teilzeitarbeit anbieten. Dies ist eine Verantwortung der Wirtschaft. Gelingt es, die Belastung einer vierköpfigen Familie für die Eltern erträglich zu halten, dann ist eine nachhaltige Familienpolitik geschaffen.

## Teures staatliches Engagement

Das zweite Modell, welches nun auch in der Schweiz propagiert wird, ist eine Entlastung der Familien



Die Baselbieter Nationalrätin Daniela Schneeberger will die Eltern entscheiden lassen.

den durch den Staat, vorab durch die Ganztagesbetreuung. Nun ist es so, dass es Länder gibt, die dieses Konzept verwirklicht haben: Frankreich und Schweden sind dafür sicher gute Beispiele. Für französische und schwedische Familien ist

es die Regel, dass beide Ehepartner Vollzeit arbeiten und die Kinder fremdbetreut werden. Viele Eltern würden gerne mehr Zeit mit der Familie verbringen und sich stärker um die Kinder kümmern. Das Paar hat aber eigentlich keine Wahl, denn wenn die finanzielle Grundlage für die Familie stimmen soll, dann müssen beide voll beruflich tätig sein. Ein Grund ist die hohe steuerliche Belastung in diesen Ländern.

## Explodierende Kosten

Die Modelle der Ganztagesbetreuung dürften auch hier eine kostentreibende Rolle spielen und mitverantwortlich sein für die hohe Steuerlast. Hinzu kommt, dass es nie optimal planbar ist, wie viele Betreuungsplätze vom Staat vorgehalten werden müssen, und neben den Infrastrukturkosten schlagen relativ hohe Kosten für das Personal und die mit der Umsetzung verbundene Bürokratie zu Buche. Die Last dieser teuren Art der Gesellschaftsgestaltung wird dann wieder von jenen getragen, die Steuern zahlen – also wieder von den Familien mit Einkommen. Das Ergebnis dieses Modells: Familien können sich eigentlich nicht mehr gegen eine

Fremdbetreuung entscheiden, ohne in ein Armutsrisiko zu laufen.

## Es geht auch anders

Der offen formulierte Familienartikel ist deshalb eigentlich eine Art Moggelpackung: Versprochen wird, dass die Familie einen höheren Stellenwert erhalten werde. Fakt ist, dass man systematisch die Wahlfreiheit des Lebensmodells von Familien einschränkt und gleichförmig macht. Der Familienartikel ist, zugespitzt formuliert, der erste Schritt auf dem Weg zu einer Schweiz, in der Kinder fremdbetreut werden und Eltern Vollzeitverdiener sein müssen.

Der richtige Weg wäre, die Belastung so zu reduzieren, dass eine Familie mit zwei Kindern mit einem Erwerbseinkommen von 100 Prozent gut leben kann und sich entscheiden kann, ob sie auf Fremdbetreuung verzichten oder diese wählen will, indem beide einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Es ist dabei nicht entscheidend, welcher Ehepartner wie viel arbeitet. Wahlfreiheit und Entlastung sind ein Garant für eine nachhaltige Förderung der Familien. Ein solches Modell würde den Stellenwert der Familie massiv stärken.

Daniela Schneeberger,  
FDP-Nationalrätin, Thürnen BL